



Berlin, 29. April 2010

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

die DSTG ist weiter ein gewichtiger Faktor in der Medienlandschaft. Die von uns angeprangerte desolante Personalausstattung in den Finanzämtern wurde im April zu einer schlagzeilenträchtigen Nachricht. Ein Klick bei google-news zeigt die breite Streuung der Berichte. 126 Meldungen und Artikel befassen sich mit dem Thema, dass 15.000 Steuerbeamte fehlen. Ausgangspunkt für diese Welle war ein Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung über die Diskrepanz zwischen der Personalbedarfsberechnung auf der einen Seite und dem Personal-Ist auf der anderen Seite. Erstmals nahm die Öffentlichkeit in breiter Form davon Kenntnis, dass es in der föderalen Steuerverwaltung so etwas wie eine bundeseinheitliche Personalbedarfsberechnung gibt, die nach Arbeitsfallzahlen und Zeitfaktoren zielgenau den Personalbedarf errechnet. Verwunderung und Staunen beim Publikum dann, wenn die Ist-Besetzung der Finanzämter dagegen gehalten wird. Mit 15.000 Beamten weniger als berechnet, muss die Steuerverwaltung nach dem Willen der Politik, die komplizierten Steuergesetze umsetzen und soll dennoch zeitgerecht und korrekt die Steuern festsetzen. Dass dies nicht vollumfänglich gelingen kann, liegt auf der Hand. Bei einem solchen Missverhältnis wundert es niemanden, dass jährlich 30 Mrd. Steuern nicht bezahlt werden, obwohl sie nach den bestehenden Gesetzen zu erheben wären. Selbstverständlich wird es auch bei 15.000 Steuerbeamten mehr, Steuerhinterziehung und Steuerausfälle geben, nur in diesem Ausmaß sind die Mindereinnahmen einfach nicht mehr hinnehmbar. Die Bürgerinnen und Bürger fragen zu recht, warum bewilligen die Länderparlamente den Finanzämtern nicht mehr Personal? Denn wir können nachweisen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzamt wesentlich mehr als ihr Gehalt erwirtschaften und in die öffentlichen Kassen hereinholen. Für die Betriebsprüfung und Steuerfahndung, Umsatzsteuersonderprüfung und Lohnsteueraußenprüfung belegen amtliche Statistiken, dass mehr als das 10fache der Kosten in den Kassen ankommt.

Aus Leistungsvergleichszahlen ergibt sich, dass auch der Ertrag im Innendienst das 3- 4fache der Gehaltsaufwendungen ausmacht. Die Politik blickt auf die Personalkosten wie die Schlange auf das Kaninchen und verdrängt dabei, dass Personalkosten sparen bei der Steuerverwaltung bedeutet, dass ein Vielfaches an Einnahmen verloren geht. Auf diese Tatsache weist die DSTG seit langem hin. Die stereotype Antwort der Finanzminister, dass dies eine Milchmädchenrechnung sei, überzeugt inzwischen in der Öffentlichkeit keinen mehr. Die Bürgerinnen und Bürger reagieren zunehmend verärgert, wenn sie treu und brav ihre Steuergroschen abliefern und andere dies nicht tun und dabei ungeschoren bleiben, nur weil in den Finanzämtern Personal fehlt.

Unglaublich macht sich die Politik auch, wenn sie die Haushaltslage ignoriert. Gigantische Neuverschuldung und eine Korrektur der Steuerschätzung nach unten sind für die normal rechnenden Bürgerinnen und Bürger ein klarer Beweis, dass der Staat nicht über- sondern unterfinanziert ist, es deshalb keinen Raum für Steuersenkungen gibt, und dass im Gegenteil, alles getan werden muss, um die Steuerquellen voll auszuschöpfen. Traumtänzer in der Politik verkünden dennoch unverdrossen neue Steuersenkungen, zwar nicht mehr in dem Ausmaß wie früher, aber immerhin auf einen 2-stelligen Milliardenbetrag sollen die öffentlichen Haushalte noch einmal verzichten. „Wer für Griechenlandhilfe Geld hat, muss auch für die eigenen Bürgerinnen und Bürger eine finanzielle Entlastung schaffen“ lautet die Wahlkampfbotschaft. Dabei sagt der gesunde Menschenverstand, dass eine Kredithilfe für Griechenland im Normalfall nicht auf den Bundeshaushalt durchschlägt, ein Einnahmeverzicht aber sofort voll kassenwirksam ist.

Stauend nimmt das Publikum zur Kenntnis, dass die Flut der Selbstanzeigen unehrlicher Steuerzahler nicht abreisen will. Über 16.000 Selbstanzeigen mit weit über 1 Mrd. Steuernachzahlungen machen deutlich, dass alleine durch die Berichterstattung die Verunsicherung der Steuerhinterzieher so groß geworden ist, dass sie das Schlupfloch strafbefreiende Selbstanzeige nutzen. Nicht Einsicht und Reue sind das treibende Motiv zur Selbstanzeige, sondern ausschließlich die Angst, entdeckt zu werden. 16.000 Straftäter stellen sich so selbst von Strafe frei. Ein Privileg, das es nur bei der Straftat Steuerhinterziehung gibt. Deshalb gehört es nachdrücklich auf den Prüfstand.

Der Daten-CD-Kauf oder auch Nichtkauf beschäftigt weiter die Gemüter. Um die ursprünglich in Baden-Württemberg angelieferte CD wird ein Geheimnis umwobener Schleier ausgebreitet.

Die Öffentlichkeit soll nicht erfahren, welches Land stattdessen die Prüfung und den Kauf übernommen hat, ob die Verhandlungen noch laufen, oder ob und warum die Aktion nicht weitergeht. In dieser Angelegenheit muss die Öffentlichkeit dringend informiert werden, weil sich sonst die Steuerverwaltung dem Verdacht aussetzt, auf politischen Druck hin, die Angelegenheit nicht konsequent genug zu verfolgen. Wir wissen, dass dies nicht so ist, aber man darf einen solchen Verdacht gar nicht erst aufkommen lassen.

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ihr*

*Dieter Ondracek*

DSTG-Bundesvorsitzender